

Volkstimme

Einzelnummer 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Sandkastr. 17.
Fernr. 6002. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Fernr. 5407. Postfachkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 208

Verlagspreis: Drei Markter für monatlich 3,50 Mk. einschließlich Zustehende. Für Abnehmer 3.- Mk. Durch Verlang in 21 Hefen 18.- monatlich 5.- Mk. Verlagspreis gratis.

Halle, Montag, den 20. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Im allgemeinen umgerechnet auf die Zeile 60 Pf. Begleitende Reklame im Preispaar an Erscheint 2,50 Mk. Zahlung der Reklame-Bemerkung für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

4. Jahrgang.

Das deutsche Finanzjeld vor der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 18. Dez. In der heutigen Vollziehung der Sachverständigen-Konferenz, die um 10 Uhr vormittags abgehalten wurde, ergriff sofort Staatssekretär Bergmann das Wort. Er klarierte in großen Umrissen das deutsche Programm in der Reparationsfrage, wobei er auf den in Spa gemachten Vorschlag hinwies und den deutschen Wunsch betonte, daß eine Gesamtschuldung festgelegt werde. Mit Bezug auf die Sachleistungen, die in Annex 4 des Friedensvertrages von Versailles vorgezogen sind, verwies er auf die Möglichkeit einer anderweitigen Regelung auf dem Wege eines limitierten Sondervertrags. Bezüglich der Geldleistungen betonte Staatssekretär Bergmann besonders die schwierige Lage, in der sich Deutschland befindet, wobei er auf die seitigen Darlegungen des Staatssekretärs Schröder und des Reichsamtpräsidenten Haenkens Bezug nahm. Er schloß mit einem kurzen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die überhaupt jede Leistung behindern: Die hohen Beschäftigungskosten, die Unmöglichkeit des Schiffsverkehrs, die Unmöglichkeit der Herstellung des Meißelbeginntung im Zoll- und Handelsverkehr, sowie schließlich das Fehlen von Handelschiffen. Zur Prüfung der einzelnen Vorschläge empfahl Staatssekretär Bergmann die Bildung von Unterausschüssen. Die Delegierten der Alliierten hielten darauf eine Beratung unter sich ab, welche fast eine Stunde dauerte. Nach Wiederaufnahme der Vollziehung teilte Präsident Dolozetti mit, daß die Bildung einzelner Unterausschüsse, insbesondere für die Sachleistungen, die Staatssekretär Bergmann vorgeschlagen hat, erfolgen soll.

Brüssel, 18. Dez. (Amtlicher Bericht über die heutige Vormittags-Sitzung.) Die Konferenz hat die Darlegungen angehört, welche namens der deutschen Delegation gemacht wurden:

1. von Direktor Le Suisse über die Folgen der Anwendung der wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages auf den Wiederaufbau Deutschlands,
2. Darlegungen von Dr. Melchior über das deutsche Eigentum im Ausland und über die Anwendung des § 18 des Annexes 2 des Teiles 8 des Friedensvertrages,
3. Darlegungen des Generaldirektors Cuno über die Folgen des Verlustes der Handelsmarine für Deutschland,
4. Erklärungen des Bankdirektors u. Stauch über die Rückwirkung der Anwendung der Verpflichtungen des Versailles-Vertrages über die Ausleihämter auf den deutschen Wechselkurs.

Nachdem die deutsche Delegation sich zurückgezogen hatte, haben die Delegierten der Alliierten bestimmte Persönlichkeiten aus ihrer Mitte damit beauftragt, von den Vertretern Deutschlands nähere Einzelheiten über einige der Punkte zu beschaffen, die im Verlaufe der Sitzung zur Sprache gekommen sind.

Die Konferenz vertagte sich jedoch am Montag nachmittag. Sie wird dann die Berichte anhören, welche ihr von verschiedenen Delegierten werden erstattet werden über die Unterhaltungen, zu denen sie Auftrag erhalten haben.

Brüssel, 19. Dez. (Von unserem Sonderberichterstatter.) In der Sitzung der Reparations-Kommission gab Staatssekretär Schröder einen Überblick über die gegenwärtige Finanzlage, indem er u. a. ausführte:

Die deutsche schwebende Schuld hat sich vom April 1919 bis Ende November 1920 mehr als verdoppelt und betrug Ende November 147 Milliarden, die sich bis zum 1. April 1921 noch um weitere 25 Milliarden vermehren werde. Der Wertpapierdumlauf ist im letzten Jahre um 28,5 Milliarden gestiegen.

Staatssekretär Schröder teilte mit, daß die Steuereinkünfte erheblich befriedigender geworden sind, namentlich die Einkommensteuer habe sich seit Einführung des Abzuges von 10 Prozent von allen Arbeitseinkommen vervielfacht. Es ist, nach seiner Ansicht, immerhin einige Hoffnung gegeben, daß der derzeitige Etat in diesem Etatsjahre wieder balanciert. Das Defizit der Eisenbahnen und Post mit 20 Milliarden erklärte Staatssekretär Schröder vor allem mit den ungeheuren Kosten der Erneuerung des im Kriege abgenutzten Materials und der erheblichen Erhöhung aller laufenden Sachkosten verbunden mit der Steigerung der Gehälter und Löhne: für 1922 rechnet er mit einer Verminderung des Defizits.

Dagegen ist Deutschland bisher für die Bezahlung der bisherigen Lieferungen für aus dem Friedensvertrag zu leistenden Leistungen auf die Notenpresse angewiesen, ein Umstand, der nur mit Hilfe der Alliierten beseitigt werden könnte.

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangte auch Reichsamtpräsident Haenkens. Er erklärte, daß ein weiteres Einlenken der Debits die Kaufkraft unseres Geldes im Inland immer mehr seiner Weltmarktkaufkraft anwesend werden. Damit sei die Gefahr eines noch weiteren Sinkens herbeigeführt. Die Stilllegung der Notenpresse sei die erste Voraussetzung zur Besserung. Die Handelsbilanz der Monate Januar bis Juni

1920 wies ein Fehlbilanz zu Lasten Deutschlands von nicht weniger als 37 Milliarden Mark am 1. Juli d. J. auf. Die Verschlechterung der Mark sei im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß infolge der schlechten Ernte die Einfuhr von Lebensmitteln und Fleisch und gleichzeitig die Jahresausbeute des Clearing Salbos große und wachsende Mengen von Zahlungsmitteln erfordert habe. Die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe mußte bereits eingeschränkt werden, und es könne noch so kommen, daß die Einfuhr nach Deutschland nur noch auf dem Wege des Kaufhandels möglich sein werde. Dann würde das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands entschieden sein.

Gewerkschaften und Antikriegsverordnung.

Der zu seiner 10. Tagung in Berlin versammelte Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner Sitzung vom 16. Dezember 1920 einmütig folgende Entschließung an:

„Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichstages am 10. November dieses Jahres eine Verordnung erlassen, durch die das Streikrecht in den Betrieben, die die Beschäftigung mit Wasser, Gas oder Elektrizität verlangen, unter Zwangsfristungsbedingungen gestellt und strafrechtlich eingeschränkt wird. Der Reichstag hat am 30. November dieses Jahres dieser Verordnung zugestimmt und ihre Aufrechterhaltung bis zur Einführung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens beschlossen.“

Der Vorstand und der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertreten in Bezug auf das Streikrecht in den genannten Betrieben den gleichen Standpunkt, den der 10. Gewerkschaftskongress 1919 in Nürnberg hinsichtlich des Streikrechts der Eisenbahner angenommen hat. Er vertritt nicht die großen Schäden, die durch Streiks in solchen lebenswichtigen Betrieben für Wirtschaftselben und Bevölkerung hervorgerufen werden und nicht insbesondere milde Streiks, die entgegen den gewerkschaftlichen Grundsätzen oder Satzungen geführt werden, in entscheidender Weise ab.

Gleichwohl erheben Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auch in diesem Falle Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Einschränkung des Streikrechts, das allen Arbeitern und Angestellten ohne Ausnahme zusteht. Sie vertreten auch hier den Standpunkt, daß Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verhüten sind.

Die beiden gewerkschaftlichen Zentralvertretungen richten an die Reichsregierung das bringende Ersuchen, die auch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht zu vereinbarende Verordnung vom 10. November 1920 wieder aufzuheben. Sie protestieren nachdrücklich gegen ihre Aufrechterhaltung und Wahrung durch ein Zwangsfristungsgebot, das die Gewerkschaften ebenfalls nicht akzeptieren können.

An die Arbeiter und Angestellten in den lebenswichtigen Betrieben richten Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den Appell, ihre Interessen stets nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und sich nicht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft zu unverantwortlichen Kreisläufen in milde Streiks hineinzulassen zu lassen.“

Vor dem Ende des Hotelbesetzerstreiks

Berlin, 18. Dez. Heute nachmittag fand im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Bürgermeisters Ritter eine Besprechung statt, an der Vertreter der Ministerien und sonstigen staatlichen Behörden, sowie des Magistrats, ferner Vertreter des Vereins Berliner Hotelbesetzer, Vertreter der Gastwirtschaften und verwandter Betriebe, sowie auch führende Persönlichkeiten aus Handel, Gewerbe, Verkehr und Industrie teilnahmen. Als Ergebnis dieser Besprechung ist zu berichten, daß die Vertreter des Vereins Berliner Hotelbesetzer zugaben, daß sie auf Grund der betrieblichen Erklärung der Vertreter der Behörden ihrer Organisation die sofortige Wiederöffnung der Küchenbetriebe empfehlen werden.

Schlus in Genf.

Die Völkerverbündungsversammlung wurde am Sonnabend mit Anträgen von Symons und Motte geschlossen. Der belgische Präsident führte in seiner Schlussrede den einseitigen ententistischen Charakter der Konferenz dadurch noch einmal deutlich vor Augen, daß er auf den Sieg der Alliierten anspielte, den er einen „Sieg des Rechts“ nannte, wofür die Tribunen mit donnerndem Beifall quittierten. Der Schweizer dagegen appellierte an den Geist der Verständigung und des Vergessens und wies darauf hin, daß alle Völker unschuldig seien. Mit einer stimmungsvollen Anspielung auf das bevorstehende Weihnachtsfest schloß er seine Rede, die ebenfalls sehr beifällig aufgenommen wurde und einen starken und ernstlichen Eindruck hinterließ.

Der Völkerverbündungsrat hat General Hafin zum Oberkommissar von Danzig für die Dauer eines Jahres ernannt.

Bereinfachung der Verhältniswahl.

Von Ad. Tschickel-Halle.

Das gegenwärtige Wahlsystem befriedigt zwar insofern, als es die Sicherheit gewährt, daß die Parteien nach ihrer Stimmenszahl im Parlament vertreten sind, es hatien ihm aber auch mancherlei lästige Eigenheiten an. Die Bestimmung der Reihenfolge unter den Kandidaten bedeutete eine Jenurteilung über den Parteimeister der einzelnen Bewerber; der Spitzenkandidat möchte überall sein, wenn er bei den Wählern der von ihm nicht beliebten Teile des Wahlfreies nicht das Gefühl hervorrufen will, sie würden zurückgelassen; die letzten Kandidaten der Liste betrauten sich als nur defensives Element und werden auch von den Wählern so eingeschätzt. Das und manches andere sorgt dafür, daß kein Mensch durch das jetzige Wahlsystem herbeigeführt wird. Durch die geplante Vereinfachung der Verhältniswahl werden zwar die Uebel abgeschwächt, aber nicht beseitigt. Und doch ist letzteres möglich auf folgendem Wege:

1. Das Reich wird in so viele Wahlkreise geteilt, wie Abgeordnete zu wählen sind.

2. Die Wahlkreise sollen möglichst gleichgroße Wahlberechtigtheiten aufweisen. (Die Zahl der Wahlberechtigten ist ein besserer Maßstab als die bloße Einwohnerzahl.)

In kürzeren Zeiträumen, etwa nach jeder dritten Volkszählung, also nach fünfzehn Jahren, kann eine Revision der Wahlkreise stattfinden.

3. Bei der Wahl gibt jeder Berechtigte seine Stimme nur für einen Kandidaten ab, wie unter dem früheren Wahlsystem. Zufällig soll auch sein, daß der Jetzt nicht auf eine Person, sondern auf eine Partei lautet. Davon wird es notwendig in solchen Kreisen Gebrauch gemacht werden, in denen die Anhänger einer Partei ohne Organisation und „zerstückelt“ ihren Parteien verloren.

4. Nach der Wahl wird in jedem Wahlkreise in der üblichen Weise das Ergebnis zusammengezählt und berechnet, wieviel Prozent der gültigen Stimmen auf jeden Kandidaten gefallen sind.

5. Die Reichszentrale ermittelt, auf wieviele Stimmen ein Mandat entfällt und auf wieviele Mandate bezugslos jede Partei Anspruch hat.

6. Gewählt sind von jeder Partei die, welche die höchsten Prozentfasse an Stimmen in ihrem Wahlkreise erhalten haben.

In der Praxis wird sich dieses System außerordentlich einfach gestalten und überaus sicher handhaben lassen. Da die Verhältniswahl ungefähr gleichgroße Wahlberechtigtheiten aufweisen mußte im ganzen Reich die Proportionalität im einzelnen nicht den erlangten absoluten Stimmenergebnissen. Um aber die in schwächer besetzten Wahlkreisen aufgestellten Kandidaten nicht zu benachteiligen, soll nicht die absolute Stimmenszahl, sondern der Prozentfasse als Maßstab benutzt werden.

Gewählt werden alle, die in ihrem Wahlkreise mehr als 50 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigt haben, außerdem die, welche bis etwa 40 Prozent erlangten.

Ein großer Vorzug des Systems ist darin zu erblicken, daß es für jede Wahl einen über das ganze Reich gleichen Quotienten für die Mandatverteilung schafft, während es jetzt so viele verschiedene Quotienten gibt, als Wahlkreise bestehen.

Wären schon 1907 die Mandate nach der Verhältniswahl verteilt worden, so hätten von den damals Gewählten auscheiden müssen 28 vom Zentrum, 22 Konfessionale, 5 Freisinnige, 7 Reichsparteiler, 10 Antienten (Wirtschaftliche Vereinigung, D. Reform. u. m.), 4 Polen, 3 Elisabethiner, 3 vom Bund der Landwirte, zusammen 82. An deren Stelle wären getreten 22 Sozialdemokraten, 3 Nationalliberale, 2 Welfen, 1 Bauernräuber, 4 Wälder. Außerdem wären noch 14 der gewählten Nationalliberale und 10 der gewählten Freisinnigen nach andere Kandidaten dieser Parteien ersetzt worden, weil letztere bei der Hauptwahl höhere Prozentfasse erzielt hätten als die Gewählten. Sieht man von diesen 82 mehr 24 Mandaten ab, so wären 211 (unter 397) Abgeordnete, die damals gewählt worden sind, auch nach meinem System gewählt gewesen.

Wohl hätte sich das Ergebnis 1912 gestaltet. Das Zentrum hatte im Verhältnis zu seiner Stimmenszahl 26 Abgeordnete zuziel, die Konfessionale 7, die Reichspartei 1, die Polen 4, der Bund der Landwirte 1, die Antienten 2, die Welfen 2, die Wälder 1 zusammen waren 48 Mandate falsch besetzt. Sie wären gefallen auf 29 Sozialdemokraten, 11 Nationalliberale, 7 Freisinnige und 1 Demokraten. Außerdem hätten noch 39 Mitglieder verschiedener Parteien durch andere Kandidaten derselben Partei ersetzt werden müssen, weil die letzteren bei der Hauptwahl höhere Prozentfasse erlangten hätten als jene. Im übrigen aber wären sämtliche anderen 310 Mandate genau mit denselben Personen besetzt worden, wie es in Wirklichkeit der Fall gewesen ist.

Vor der gegenwärtigen Stimmenszahl darf mein Vorschlag auf gewisse Vorzüge Anspruch erheben, die nicht gering einzuschätzen sind. Ein ganz einwandloses Wahlsystem gibt es nicht. Auch meinem könnte als Mangel angedeutet werden, daß beim Erloß eines Mandats während der Wahlperiode der nächste Mandatanwärter aus der Partei des bisherigen

am Anfangs aber an die Stelle trat, der Kreis demnach ohne ...

Verhalten muß werden an der Verhältnismaß. Der ...

Deutscher Reichstag.

Reichstagsstag - Annahme des Reichstagsgesetzes.

Reichstagsstag - Annahme des Reichstagsgesetzes. Der Reichstagsstag ...

Reichstagsstag - Annahme des Reichstagsgesetzes. Der Reichstagsstag ...

Reichstagsstag - Annahme des Reichstagsgesetzes. Der Reichstagsstag ...

Reichstagsstag - Annahme des Reichstagsgesetzes. Der Reichstagsstag ...

50. Sitzung. Sonnabend, den 18. Dezember 1920, 9 Uhr.

Das Haus ist fast leer.

Am Regierungstisch: Koch.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.

Von Wilhelm Blos.

(32. Fortsetzung.)

In dieser Zeit der 'Anarchie' verlebten die Deutschen ...

So mochte nämlich drei Stunden entfernt auf dem ...

Die Revolution in Griesch Reich hatte wie überall in ...

Ihr Wohl war nicht ideal, ein in einsamer Gegend ...

Das der Rück von diesem Erben erfuhr, wußte Solo, ...

Die Genehmigung zur Einleitung eines Ermittlungsverfah- ...

Nachdem einige Gelegenheitswörter ohne Debatte angenom- ...

Abg. Dr. K. J. (Dem.) berichtet über die Ausführenden ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die prinzipielle Frage ist, wieweit man ...

Präsident L. o. b. erwidert die Redner mit Rücksicht auf die um- ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz hat viele Mängel. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Für und für das Gesetz eine selbstverständliche ...

Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. für die Erweiterung der ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die Lage der Kriegsbefähigten ...

Es folgt die erste und zweite Beratung der von allen Parteien ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

Nachdem der Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

Nachdem der Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

Nachdem der Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

Nachdem der Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. ...

betachtet hat. (Sehr richtig.) Welche Einwirkung muß es ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz hat viele Mängel. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Für und für das Gesetz eine selbstverständliche ...

Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. für die Erweiterung der ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die Lage der Kriegsbefähigten ...

Es folgt die erste und zweite Beratung der von allen Parteien ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

Nachdem der Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

Nachdem der Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

Nachdem der Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

Nachdem der Reichstagsminister Dr. W. i. r. h. ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Das Gesetz wäre schon längst in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Der Entwurf befindet sich in ...

Abg. Dr. K. J. (Soz.) Die einmalige Aufwendung von ...

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass ...

am liebsten alle Vorkämpfer der Landwirtschaft ausgegliedert werden und betonen sich freudig bei den Tarifverträgen. Vor Tilsche las man's anders. Genosse Wende erinnerte in kürzester, aber um so eindringlicheren Ausführungen an die planmäßige Untergrabung unserer Volksernährung durch die Vernachlässigung weiler Anbauflächen und vor allem durch die planmäßige Reduzierung von Erzeugungserträgen seitens der Arbeitgeberverbände zu politischen Zwecken. Diesen vorbrecherischen Absichten gegenüber fallen die wenigen Streiks der Landarbeiter gar nicht ins Gewicht. Und wer will ihnen verdanken, wenn Anstandslosheit und Empörung unter ihnen Platz greift angesichts der Zwangsmaßnahmen des Landbundes in Gemeinschaft mit dem Bund der Landwirte, um die Landarbeiter in die gelben Organisationen hineinzuzerren und den Herrenkonkurrenz der Grundbesitzer mit aller Macht aufrechtzuerhalten? Wenn wir so jämmerlich dastehen mit unserer Ernährungsoverhäufung, so ist es nicht Schuld der Arbeiterkraft, sondern jener Bevölkerungskreise, die keine andere Möglichkeit kennen, als die Sorge um ihren Profit und um ihre Wohlleben zu verfolgen. Ganz zuletzt gibt es noch eine heftige Gesundheitsforderung, weil die Rechte durchaus das Bedeutsame sind, das nach sozialdemokratischen Wünschen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden sollte, in dieser Session nicht mehr beraten wird. Sie löst sich auch durch keine Befehle über die dringende soziale Notwendigkeit des Gesetzes umstimmen. Schließlich wird aber mit den Stimmen der Linken und der Demokraten doch beschlossen, das Gesetz am 11. Januar zu beraten. Und endlich kann der Präsident das Haus mit den besten Wünschen für Weihnachten und das neue Jahr entlassen.

Bei der Beratung über die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen, führt Gen. Peters-Schönbom aus: Man kann nicht an dem außerordentlich reformbedürftigen Zustand der Domänen vorübergehen, wenn man die Finanzen des Staates verbessern will. Es ist standhaft, wie billig angelehnt der hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte die Domänen verpachtet werden. Der regelmäßige Durchschnittspreis von 40 Mk. für den Hektar wird nicht einmal immer erreicht. In verschiedenen Gegenden kommt Preise von 22 und 24 Mk. für den Hektar vor. (Rebhalbes Fort! Fort! 1.) In Brandenburg a. O. sind 30 Jahren für 5 bis 10 Mk. pro Hektar verpachtet worden. Wir brauchen außerordentlich, daß der Staat ausnahmslos beschließen ist, die Angelegenheit in dieser Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen. Wir werden den Wunsch, die Domänen in mehrerer Weise das Staatsvermögen von einer Hand zum andern zu veräußern nicht als ausschlaggebend betrachten, kann aber die Entlassung der Rechte zur Mithilfe sein, oder wir betrachten das Gesetz nicht parteipolitisch, sondern vom Standpunkt der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Es gibt Häcker, die ihre Domänen schrittweise heranzubringen haben und man sollte doch darüber einig sein, solchen Zuständen ein Ende zu machen. Im Interesse der Volksernährung ist diese Aufgabe völlig unerlässlich. Die Angriffe der Rechten gegen die Bildung einer Erwerbungsbehörde sind gegenstandslos, denn es mußte eine neue Form für die Selbstbewirtschaftung gefunden werden und deshalb sich nicht als die glückliche Wahl herausstellen. Wir sind entschlossen, alles für das Zustandekommen des Gesetzes zu tun. (Sehr lebhaftes Beifallen.)

Nach beschlossener Erzielung zahlreicher Vorträge und Eingaben wird die Sitzung des Reichstages am 10. Dezember 1913 im Reichstagsgebäude in Berlin beendet. Die Verhandlungen des Reichstages am 10. Dezember 1913.

Ag. Wende (Soz.): Wir gehen insofern des Abbaus der Zwangsmaßnahmen einer Ernährungsreform entgegen. Wenn immer die kleinen Streiks, die wir ja auch sehr oft mitbilligen, uns entgegenkommen werden mit den Worten: „So untergräbt man die Volksernährung!“ so sind die Kinder der Ernährung der planmäßigen Sabotage der Volksernährung durch Verweigerung der Mithilfeleistung und Vernachlässigung großer Anbauflächen. Wie ist es denn mit der Mithilfeleistung angelehnt der zugrunde gehenden Kinder? Die 10 Millionen Selbstverpfleger haben 22 Millionen Hektar Acker zur Verfügung gegenüber 16 Millionen Hektar für 45 Millionen Versorgungsberechtigter. Gegenüber den tatsächlichen Verfügungen des Herrn v. D. Offen weist ich darauf hin, daß der Bund der Bauern Brandenburg beschließen hat, den Erwerbungsakt zu politischen Zwecken planmäßig vorzubereiten. (Sehr Fort! 1.) So treibt man die Landarbeiter in das rabidische Judentum. Die Landwirte sollen wohl diesen Reichstagsbeschlüssen zustimmen? Die Propaganda der Großgrundbesitzer, ausläuferische Arbeiterkräfte ist vom nationalen Standpunkt aus sehr gefährlich. Solange wir genügend einheimische Arbeiter haben, können wir die Einwanderung ausländischer Arbeiter nicht zulassen. Aber man will keine heimischen Arbeiter, weil man mit ausländischen kann, wenn die Arbeiterfrage nicht einseitig politische ist gegenüber den hilflosen Angestellten der Wirtschaft. Das heißt zunächst, die Sorgen werden mit der Unzufriedenheit. Der Landwirt ist wohl in der Lage, auch bei der jetzt fehlgeleiteten Arbeit seine Ernte rechtzeitig zu bergen freilich unter der Voraussetzung genügender Mithilfeleistung und angemessener Behandlung der Arbeiter. Wenn man freilich den Gelten mehr Lohn und Deputat gibt als den Freigewerbetenen wird man nicht weit kommen. Auch wir wünschen eine Hebung der Produktion, aber wir weisen es zurück, die Arbeiterfrage für sich zu erklären an der Not unseres Volkes. (Sehr lebhaftes Beifallen. b. d. Soz.)

Der voraussichtliche neue Oberbürgermeister in Berlin.
Der mit der Vorbereitung der Wahl des neuen Oberbürgermeisters betraute Vier-Auschuß nahm Freitag abend im Reichstagsgebäude eine Kandidatenfrage Stellung. Von der linken Abhängigkeit wurde der jetzige Stadtverordnetenratsherr Dr. West für dieses Amt vorgeschlagen. Der Vertreter unserer Partei betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion diesem Vorschlag nicht zustimmen könne, weil sie in dem Kandidaten eine geeignete Person finde, welche gerade jetzt die der Lösung stehenden vielfältigen Fragen erledigen könne.

Im Verlaufe der Debatte wurde von bürgerlicher Seite die Person des jetzigen Kammerers Wöb erwähnt, über dessen tatsächliche Qualitäten und Kenntnis der Groß-Berliner Verwaltung keine Zweifel bestehen können. Der sozialdemokratische Redner bemerkte hierzu, daß seine Fraktion am liebsten für einen geeigneten unabhängigen Kandidaten stimmen würde, da aber ein solcher nicht in Vorschlag gebracht worden

sel, würde sie für die Kandidatur Wöb eintreten. Die Deutschnationalen erklärten, eine Kandidatur Wöb nicht unterstützen zu können.

Bei der hierauf vorgenommenen Zettelwahl entfielen auf Dr. West 10, auf Wöb 12 Stimmen; die Deutschnationalen hatten drei weiße Zettel abgegeben. Bevor die Stimmzettelverteilung der Wahl des Oberbürgermeisters vorantritt, tritt der Ausschuß nachträglich zu einer zweiten Sitzung zusammen, und auch über die mit der Wahl in Zusammenhang stehenden Fragen des Anstellungsverhältnisses zu erstären und dem Plenum entsprechende Vorschläge zu machen.

Forderungen der geschädigten Auslandsdeutschen.
Berlin, 19. Dez. Aus einer vom Verein der Auslandsdeutschen veranstalteten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Auslandsdeutschen sofortige volle Entschädigung ihres Vermögens in einer Form verlangten, die sie in den Stand setze, ihre Tätigkeit im Auslande sofort wieder aufzunehmen.

Die Postbeamten mit der Forderung des Beamtenbundes anzutreten.
Berlin, 19. Dezember. In einer großen Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin wurde gegen die Haltung des Deutschen Beamtenbundes in der Frage der Teuerungszulagen schärfster Protest erhoben und die Bildung einer Reichspostbeamten-Gewerkschaft verlangt. Weiter wurde eine sofortige Abschaffung in den Betrieben über den Streik gefordert.

Bereinigte Verbände Heimattreuer Oberflieger zur Abstimmungsfrage.

Am vergangenen Mittwoch und Donnerstag waren in Magdeburg die Kartell-Vertreter der Bereinigten Verbände heimattreuer Oberflieger, hinter denen ungefähr 300 000 abstimmungsberechtigter Oberflieger stehen, versammelt, um sich über Organisationsfragen der Verbände auszusprechen, um eine engere Verbindung zwischen den Oberfliegern im Reich und in Oberfliegern selbst anzuknüpfen. Ferner wurde auch die deutsche Antwort-Note einer Kritik unterzogen, und folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Aus der oberfliegerischen Antwort-Note der deutschen Regierung vom 13. Dezember an die Entente entnehmen die hier in Magdeburg versammelten Kartell-Vertreter der Bereinigten Verbände heimattreuer Oberflieger, daß es über die Fragen des Abstimmungsortes, der eigentlichen Abstimmungstermin und einer konkreten Abstimmung zwischen der Regierung und der Entente zu Verhandlungen kommen soll. Diese drei Fragen sind von so schwerwiegender Bedeutung für den Ausgang der Abstimmung, daß bei ihrer Beratung und Erledigung unbedingt die Stimmungen und Wünsche der Abstimmungsberechtigten mit größter Sorgfalt herbeizuführen werden müssen. Hat schon der Inhalt der Antwort-Note bei den Oberfliegern allseitiges Befremden hervorgerufen, so daß es uns schwer geworden ist, die Heimattreuen von Vorkäufeln gegen die Regierung zurückzuführen, so würde eine erneute Überlegung der abstimmungsberechtigten Oberflieger große Erbitterung hervorrufen. Wir fordern deshalb von der Regierung, daß sie bei den jetzt einsetzenden Verhandlungen auch die Kartell-Vertreter der Bereinigten Verbände aus dem Reich und aus Oberfliegern hinzuzieht, weil nur dann die Gewährung gegeben ist, daß die Wünsche und Stimmungen der Heimattreuen wirklich zum Ausdruck kommen.

Erbe Weihnachtszeit.

In Deutschland pflegt wie in keinem anderen Lande — vielleicht mit Ausnahme Englands — das Weihnachtsfest der Höhepunkt ernstlicher Freude zu sein. Man mag sagen, was man will; man mag den Sozialdemokraten darauf hinweisen, daß es ein bürgerliches Fest religiöser Natur sei; man mag den Juden davon überzeugen, daß es — nach seiner Entwertung aus den altjüdischen Winterfesten — ein jüdisch christliches Fest sei; man mag endlich überhaupt der Ansicht sein, daß Feiern und Feiern in die gegenwärtige Zeit nicht passen; wie dem immer sei, Sozialdemokraten, Juden und sonstige schlimme Menschen hängen an diesem Fest aus — Feiern und pflegen es aus Tradition.

Wer als mißliebender Mensch die Weihnachtsfeiern der vergangen Jahres hochachtet, der konnte bei aller Festungslosigkeit und aller Not sich doch mit dem einen Gedanken trösten, daß es doch einmal besser werden würde. Wenn wir heute, vor einem Weihnachtsfest von einem solchen Trübsinn, wie wir es auch in den letzten Säurejahren nicht mehr erlebt haben, stehen, so wissen wir, daß auch hier, der die Kraft der Menschen erschöpft und ihnen auf Jahrzehnte hinaus die Fähigkeit zu innerer und äußerer Freude nahm. Die Reaktion war nicht imstande — und konnte es als Liquidation eines völligen Zusammenbruchs nicht sein — die Umgestaltung des ökonomischen und politischen Baues so rasch zu vollziehen, das wir heute noch lagen können, wir hätten den Ertrag „aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ getan.

Wohin wir blicken, herrscht tiefstes Elend. Früher einmal nannte man das 20. Jahrhundert das Jahrhundert des Kindes. Heute können wir es ohne Übertreibung als Jahrhundert der Verelendung, der Ausgrenzung, langsame, aber sicheren Zerstörung des Kindes bezeichnen. Ganz Deutschland ist heute eine Kinderhölle geworden. Die Äpfel über die Sterblichkeit der Jugendlichen, die Enttötungen an Augenblindheit und Madität sprechen eine erschreckend deutliche Sprache. Die Tuberkulose, die seit jeher den furchtbaren Namen einer „Proletariatskrankheit“ trug, hat heute auch die Kinder des Proletariats erfaßt. Ob die Erträge der privaten Sammlungen für die Kinderhilfe im Reich ausreichen werden, auch nur einen bescheidenen Teil der unterernährten Proletariatskinder wieder zur Gesundheit zu bringen, wissen wir nicht. Doppel unzureichend aber wird das Elend, wenn man weiß, daß auf der anderen Seite immer noch ein Duzend eine Verschwendung getrieben werden, die auf Kosten der Allgemeinheit einer kleinen Klasse

benutzter Personen ebenso gewaltige wie unberücksichtigte Vorteile sichern.

Im Auftrag meiner Redaktion besuchte ich kürzlich das Berliner Kabarett „Schall und Rauch“, eine jener Vergnügungstätten, in denen die Bourgeoisiere Ableitung von der sie umgebenden Not sucht und findet. Draußen dunkle Straßen, elende verhungerte Menschen. Innen Lichtfülle, Verschwendung, ergötzte Schlemmer. Vor den Köben die hungrigen Menschen, die die Nahrungsmittel in großen Wassern liegen sehen und ihre Kräfte nicht erheben können. Innen Preise von 110 Mk. für eine Flasche Wein, 30 bis 50 Mk. für eine Speise, die spielen gegeben werden. Bettler und Kriegsverletzte an jeder Straßenecke; innen das Knallen von Geldstücken. Das ist das Bild, das das heutige Deutschland bietet, und in dem sich die Klassenenge, der sich zuspitzende Klassenkampf besser wiederzuerkennen als in langen theoretischen oder statistischen Auseinandersetzungen.

Die Verelendung in der Arbeiterkraft macht zehrende Fortschritte. Die „hohen Löhne“, über die das unverschämte gewordenen Unternehmertum liegt, kommen in Wirklichkeit nicht mehr der gemieteten Arbeiterkraft zugute, sondern nur noch ein kleiner Teil von ihr kann auch nur das notwendige Existenzminimum aufbringen. Was halbe Arbeit, Arbeitsausgrenzung von drei Tagen in der Woche, gekürzte Schichten usw. für eine Arbeiterfamilie bedeuten, davon weiß jeder Proletarier ein schmerzvolles Lied zu singen. Die andere Seite: Nach einer unüberprüften geliebten Zeitungsnote erhält Hr. Kola Regis, eine vom Bürgerum innig geliebte Filmschauspielerin, künftig ein Jahresgehalt von 18 Millionen Mark. Das wirkt diplomatisch. Schlaglichter auf unsere Zustände. Und wozu? Will jemand vielleicht behaupten, daß der heutige Film Kunst sei? Wozu jemand, die Diener dieser Unterwelt als Künstler oder Schöpfer zu bezeichnen? Welche Dankeslieder? Die geliebten Arbeiter singen schon längst mit den Lippen nicht im Hängen um die Welt. Wir ist ein alter Gelehrter bekannt, der seit vielen Jahren an einem großen wissenschaftlichen Werk arbeitet und es nicht vollenden kann, weil die Tagesnot ihn daran hindert.

Die ersten Debermartere brachten eine schwere Beamtenskrise, die zu einer unabsehbaren Katastrophe auszuarten drohte. Es geht den Beamten unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerordentlich schlecht; daran ist nicht zu zweifeln und kein einflussreicher Arbeiter wird sich dieser Tatsache verschließen. Auf der anderen Seite aber haben die Beamten den großen Vorzug einer gesicherten Zukunft für sich, und mancher Arbeiter würde gern von seinem ohnehin schon beschriebenen Einkommen einen Teil opfern, wenn ihm für sein Alter die staatliche Pension des Beamten zugute käme. Die Beamten des alten Systems rufen sich aus. Unter einem solchen glänzenden Finanzlage des vorzeitigen Deutschen lüchelt man die unteren und mittleren Beamten in jeder nur erdenklichen Weise im Lohn zu drücken. Das Deutschland des Weltkrieges hielt es trotz Hoffries „großzügiger“ Finanzgarantie nicht für nötig, die Stellung der immer mehr verelendenden Beamtenkraft wesentlich zu verbessern. Erst die Republik lüchelt einen Ausgleich zu schaffen und den Beamten wenigstens ein bescheidenes Existenzminimum zu sichern. Wenn heute der Herr Staatsminister a. D. Herzig, geistiger Führer der Deutschnationalen, im Reichstage auftritt und besonders weitgehende Anträge für die Verbesserung der Beamtenlage einbringt, so ist das elende Heuvel und Demagogie, von der sich die Beamtenkraft nicht einengen lassen wird. Jetzt ist es zu spät, plötzlich ein beamtenfreundliches Herz bei denen entdecken zu wollen, die ihr Ohr stets denen verschließen, denen es schlecht ging.

Kinder, Arbeiter, Beamte — wohin wir blicken, unabsehbare Not. Die bürgerliche Regierung denkt — trotz der beweglichen Klagen ihres Finanzministers Doktor Birck — nicht daran, die ihr noch zur Verfügung stehenden Geldquellen reiflos zu erschöpfen. Die Einziehung des Reichspostspiegels wird von Monat zu Monat verschoben; den Hohenollern wären Unsummen nach Holland nachgejagt worden, wenn nicht die Sozialdemokratie im entscheidenden Augenblick ein energisches Fes eingeleitet hätte. Das Prinzip der gegenwärtigen Regierung in Deutschland ist, den Reiz zu löhnen und die nichtbehelfenden Klassen auszusumpfen bis aufs äußerste.

So sieht die vorweihnachtliche Situation aus, und es besteht keine Hoffnung, daß sich auf absehbarer Zeit die Lage bessern wird. Der Tag, der nach dem letzten und bisher noch nicht erfüllten Eibelmort Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen sein soll, wird über Millionen von Familien ausgehen, denen die Verzweiflung über die Not des Tages, über die Not des Lebens den letzten Rest von Freude ausgezehrt hat. An solchen Tagen pflegt man sonstige Ausfälle zu erkennen; aber wir sehen keinen Hoffungsstimmung, und die Race ist zu ernst, als daß wir uns mit leichtfertigen und optimistischen Redensarten über die hinwegtäuschen könnten. Das bittere Wort von den Sünden der Väter, die sich an den Kindern rächen bis ins dritte und vierte Geschlecht hat sich im übertragenen Sinne in Deutschland bewahrheitet. Die Sünden des Kaiserreiches rächen sich an den Kindern, den Arbeitern, den Beamten, an all denen, die nicht auf den Höhen des Lebens wandeln, in unerbittlicher Weise und der Fluch, den wir — am Tage des Friedens und der Verklärung — den Vätern nachsagen, vermag nichts hieran zu ändern. Dr. Werner Peiser.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Nach der letzten Sitzung des Wälderbundes.
Genf, 19. Dez. Zahlreiche Delegationen haben bereits Genf verlassen. Weltweit reisten mit einem Sonderzug die Delegierten Englands, Russlands, Indiens, Australiens, Südafrikas und Kanadas ab, mit dem gesamten Personal zusammen etwa 80 Personen. In demselben Zuge besaß sich der Generalsekretär Sir Cecil Drummond nach London. Die meisten französischen Delegierten, die spanischen, holländischen, rumänischen, polnischen, griechischen und einige japanische und sinesische Delegierte haben Genf eben-

Mein Kleid
Meine Bluse
Meinen Rock
Kaufe ich bei
J. W. Wernhans



Partei-Angelegenheiten.

Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Bezirke. Montag, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Wisdorf. 1. Der Elternrat nach Schumann. 2. Stadtratswahl.

Aus dem Stadtrats.

Montag, den 20. Dezember 1920.

Statistik des Wohnungsamtes.

Die leerstehende Wohnung.

Beschwerden gegen das Verhalten des Wohnungsamtes... Die leerstehende Wohnung.

In einer Zeit, in der Tausende nach einem Unterkommen suchen, in dem jähren, gesundheitswidrigen Lagerschlafen müssen...

Gegen erweiterte Ungleichheiten des Wohnungsamtes... Die leerstehende Wohnung.

Dass diese Missbildungen auf Wahrheit beruhen müssen... Die leerstehende Wohnung.

Damit ist aber diese Angelegenheit noch nicht erledigt... Die leerstehende Wohnung.

Solgarbeiter heraus!

Morgen Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags von 4 bis 7 Uhr findet für die gesamten Mitgl. der Solgarbeiter-Verband...

Kinder in Not!

Der armen Kinder Weihnachtsfest.

Hüt, Köhne Herrn und Frauen, die ihr im Lichte seid: Wir kommen aus dem Grotten...

Drum gehn wir zu den Driem, die hell erleuchtet sind, und klopfen an die Pforten: So hat wohl nicht gefunden den Weg in unsre Nacht...

So laßt es uns erlösen, die ihr im Lichte seid! Wir kommen aus dem Grotten...

Die leuchtenden Kinder.

hat, sondern weil er aus reinen Bemerkungen die kommunizistische Taktik für den Solgarbeiterverband ablehnen will...

In seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit lagen ihm selbst seine kommunizistischen Gegner hohe Anerkennung nach. Aber man will eben die Gewerkschaft zu einem geschlossenen Werkzeuge...

Die Abstimmung hat aber noch eine viel tiefere Bedeutung. Es handelt sich nicht nur um den Bevollmächtigten Ratler...

Die Abstimmung findet in folgenden Kategorien statt: 1. Solgarbeiter, Meißener Straße 22.

2. Solgarbeiter, Verdenstraße 14. 3. Solgarbeiter, Lohmstraße 14. 4. Solgarbeiter, Lohmstraße 14.

Jedes Bevollmächtigtes wird bei der Abstimmung des Verbandsrats berufen, in welches die Liste eingetragen wird.

Beteiligt Euch reiflich an der Abstimmung. Bist Euch durch nichts hetzen und stimmt nach innerer Überzeugung.

Die Verordnungen des Bürgerbundes. Bei der Gründung des hiesigen Bürgerbundes haben wir unsere Stellungnahme dazu bereits ausführlich erklärt.

Die „Sozial-Zeitung“ bringt einen von diesem Bund inspirierten Artikel, in dem es heißt: „In jeder dieser anderen deutschen Städten ist die maßgebende Organisationsform für die Arbeiter des Handwerks das politische Organisations-Gesamt-Verband des Bürgerbundes.“

Die Organisation für Arbeiter des politischen Streiks vorläufig in anderen Städten der Bürgerbund maßgebend ist, so wird wohl die Entwicklung laufen, daß er auch in Halle wird.

Bestilltes Holz für Kriegesopfer. Der Magistrat hat in 20.10.1920 die Maßnahme beschlossen, alle Kriegesopfer mit einem Arbeitsintentionen bis zu 200 M. monatlich ohne Abzug der Steuern und Versicherungsbeiträge 10 Jänner Holz aus öffentlichen Beständen zum Vorzugspreis von 3 M. pro Zentner zu verkaufen.

Beethoven-Abend im Stadttheater.

Am Sonnabend wurde als Höhepunkt in den Beethovenfesten neben der Fantaſie für Klavier, Chor und Orchester das größte Werk des Meisters zur Aufführung gebracht: die neunte Sinfonie. Die beiden Kompositionen, jedoch auf den Gedanken der Verschmelzung von Kunst und Natur, lassen uns Beethoven als den unübertroffenen Herrscher der Instrumentalmusik erkennen.

Die Aufführung der Werke am Sonnabend im Stadttheater fand auf künstlerischer Höhe. Professor Alfred Rothmann führte...

Zu einem Märchenamtsrat hatte der Reichsbund der Kriegesopfer, teilnehmend und hinterleitend (Ordnungsgruppe Halle) am Freitag nachmittag die Kinder seiner Mitglieder nach „Waldorfschulhaus“ eingeladen.

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

Die Abreise wurde in der Halle der Kinder der Kriegesopfer und Klammern durchgeführt. Strahlende Augen und helles Lächeln bei den Kindern...

pland die Komodie „Hans“ von Theodor Tappert zur Uraufführung. Am Freitag, 11. Dez. wird das Theater geschlossen. Sonnabend (1. Feiertag) nachmittags „Das Dreierstück“, abends „Garben“, Sonntag (2. Feiertag) nachmittags „Der Freischütz“, abends „Der ideale Bauer“. Montag (3. Feiertag) nachmittags „Die Wälschlerin“, abends „Ländchen“.

Provinz und Umgegend.

Was kostete das Leben im November.

Nach den Berechnungen von Kumpfmüller haben sich die Kosten des Existenzminimums im November etwas auf der Höhe des Vormonats gehalten. Die Kosten der Lebensmittel sind sogar um ein geringes zurückgegangen. Der Unterhalt ist unbedeutend; es kommt eben auf die Auswahl der Lebensmittel an, die man der Beschaffung zugrunde legt. Auch nach dem Ergebnis der Berechnung betrug das wöchentliche Existenzminimum für ein Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von 6 bis 10 Jahren in Groß-Berlin:

	Nov. 1921	Nov. 1920	Nov. 1919	Nov. 1918	Nov. 1917	Nov. 1916	Nov. 1915	Nov. 1914	Nov. 1913	Nov. 1912	Nov. 1911	Nov. 1910
Wohnung	123	130	167	121	138	127	121	137	139	136	134	136
Ernährung	8	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
Wäsche, Bekleidg.	20	23	22	22	21	22	22	22	22	22	22	22
Geldsp. u. Zinsen	105	112	88	84	77	71	70	70	70	70	70	70
Sonstiges	64	73	74	59	62	76	74	78	77	77	77	77

Infolgedessen 230 366 370 285 323 303 290 317 316. Demnach hat sich nur der Pojen Ernährung um 1 ML verringert, was aber kaum ins Gewicht fällt. Der Stillstand in der Lebenshaltung der Provinz dürfte nur vorübergehend sein, alle Angaben deuten darauf hin, daß wir bald mit einer neuen lebhaften Steigerung zu rechnen haben werden. Das in der letzten Woche herabgesetzte Existenzminimum verurteilt im November 1921 einen Lebensunterhalt von 285 ML, die Kosten für den wöchentlichen Lebensunterhalt sind also gegenüber der Vorwoche um etwa drei Schillinge gesunken.

Weigenfeldt. Stadttheater — Teil-Aufführung. Dienstag erfolgte die Eröffnungsvorstellung des hiesigen Stadttheaters. Aufgeführt wurde Schillers „Wilhelm im Telle“. Die Aufführung war von Direktor Rudolph sehr gut in Szene gesetzt. Die einzelnen Darsteller wurden ihnen Stellen gerecht und ersten reihen Beifall. Die Schiller-Vorstellungen waren ausverkauft. Beifall wird es angebracht, wenn das Stück noch einmal wiederholt würde, da ein sehr großer Teil der hiesigen Einwohnerschaft seine Teilnahme hatte die Vorstellung zu besuchen.

Weigenfeldt. Konzert des Arbeiter-Gesangsvereins „Hoffnung“. Die Veranstaltung am Donnerstag, 1. Dez., nach vier Uhr unter der Leitung des Musikdirektors T. H. eide, nach wie vor hervorragende Leistung. Alle teilnehmenden Kräfte wirkten mit viel Eifer und Eifer. Die Kammerchor, die Kammerorchester und die Kammermusik (Gesang). Die Stadtkapelle war auf dem Höhepunkt der Leistung. Die Veranstaltung war von der Chöre für „Liederkreis“. Die Chorleiter, Frau Langhans sowie der Kammerchor haben und Sommer hinter sich einen tiefen Eindruck und fanden sehr reichen Beifall. Die Veranstaltung hat gezeigt, daß die Arbeiter-Gesangsvereine mit ihren Veranstaltungen sich stetig mehr den bürgerlichen Kreise stellen können. Nur weiter!

Leit. Fortsetzung des Stadtbaukommissionärsberichts. — Gemeindefinanz- und Einkommensteuerordnung der Stadt. Da das große Defizit gedeckt werden soll, muß auch noch das steuerfreie Einkommen erhöht werden. Vom Magistrat lag folgender Antrag vor: Steuerzahler, bei denen das steuerfreie Einkommen 1500 ML nicht übersteigt, sind bis zu einem Einkommen von 8000 ML steuerfrei. Bei einem Einkommen von über 8000 ML wird der volle reichsteuerfreie Betrag in Höhe von 1500 ML mit dem Höchstbetrag der Reichsteuer zur Gemeindefinanz herangezogen. Dies besteht sich in der Hauptstadt auf solche Steuerzahler. Steuerzahler mit einem reichsteuerfreien Einkommen von über 1500 ML sind steuerfrei. Ohne verzugsberechtigten Angehörigen bis 10 000 ML, mit 1 bis 3 verzugsberechtigten Angehörigen bis 12 000 ML, mit mehr als 3 verzugsberechtigten Angehörigen bis 14 000 ML. Bei darüber hinausgehenden Einkommen wird die Hälfte des reichsteuerfreien Einkommens mit dem Höchstbetrag der Reichsteuer belastet. Die Finanzkommission beantragt dagegen, bei den Lebigen die generelle Grenze auf 7000 ML herabzusetzen und bei den anderen folgende Staffelung der steuerfreien Grenze vorzunehmen: ohne verzugsberechtigten Angehörigen bis 11 000 ML, mit 1 verzugsberechtigten Angehörigen bis 12 000 ML, mit 2 verzugsberechtigten Angehörigen bis 13 000 ML, mit 3 verzugsberechtigten Angehörigen bis 14 000 ML, mit 4 verzugsberechtigten Angehörigen bis 15 000 ML, mit 5 verzugsberechtigten Angehörigen bis 17 500 ML, mit 6 verzugsberechtigten Angehörigen bis 19 000 ML. Nach langer Debatte wurde der Antrag der Finanzkommission angenommen, während der Magistratsvorstoß abgelehnt wurde. — Weiter werden demnächst für öffentliche Bildungsvorrichtungen 8000 ML und für volkshilfliche Zweckverwendungen 5000 ML bewilligt werden die Übertragungen der Armenkasse in Höhe von 30 000 ML für Errichtung der Volkshilfsvereine werden 8000 ML bewilligt, 6000 ML sollen für Wohnhausübertragungen von Kriegswaisen angewendet werden. — Eine Anfrage über die Anleihe zu Wohnungsbau beantragt Herr Bürgermeister Hoffler dahin, daß im Frühjahr eine größere Sanitätsstelle entwickelt werden soll. Der vor kurzem in Angriff genommene Bau von 64 Wohnungen sei nur ein Anfang. — Zum Schluß sei zur Sprache, daß der Milchhändler Ranga mit 40 Prozent Waffer gewässert hat. Ein Ausschuß, bestehend aus den Stadtbaukommissionären Juan Kraushoff, Böttner und Böcker soll im Verein mit dem Erziehungsausschuss und dem Magistrat die Angelegenheit untersuchen.

Hamburg. Festgenommenen Verbrecher. Dem „Kollaboranten“ entnehmen wir: „Am Mittwoch morgen wurde hier ein Verbrecher verhaftet, als er eben mit dem Jagde abkämpfen wollte. Drei Kriminalbeamte aus Leipzig hatten ihn verfolgt, und ihrem schneidigen Vorgehen gelang es nach großer Mühe, den äußerst wilden Menschen, der bei seiner Festnahme den „wilden Mann“ spielte, dingfest zu machen, allerdings erst, nachdem ihm der Führer seiner Gefolger den geladenen Revolver auf die Brust schickte. Er wurde im Nachhinein gebracht, wo es nach langem hartem Kampf gelang, ihn zu fesseln. Ueber seine Gestalt wird man noch Näheres hören.“

Leipzig. Mitglieder-Verammlung. Bei besonderer Umstände halber findet unsere diesjährige Hauptversammlung am Dienstag, den 21. Dezember, abends 8 Uhr im Hotel „Post“ statt. Der Tag der Tagung wird festgelegt, da die Teilnahme der Mitglieder der Eisenbahnervereine und die Teilnahme der Gewerkschaften. Ferner wird Herr Dr. Gottsching einen Vortrag über „Die“ halten. Ferner wird auch über die Weihnachtsfeier, zu der Herr Müller in einem Vortrag sprach, berichtet und über die am Freitag, den 7. Januar 1921 stattfindende „Gewerkschaften“ gesprochen werden. Die am 20. Dezember 1921 die

zum reichlichen Handeln, zu den Festivalsanfragen und den Kreisungen stattfinden, so müssen die Kassenkassen dazu schon jetzt in Angriff genommen werden, damit mehrere Parteien nicht nur die alten Wahlen besetzen, sondern neue Erfolge erzielen. Darum geht es um die Kassen der Rat, vollständig zu dieser Verarmung zu erheben.

Leipzig. Angelegte Eisenbahnen. Große Schenkungen mit Süßholz, Sublimat, Morphium und Koffein im angeblichen Werte von 60 000 Mark sind bei der hiesigen Firma Dries & Co. aufgedeckt worden. An diesen unheimlichen Geschäften hat außer hiesigen Kaufleuten auch verschiedene Verleumdungen aus Leipzig, Magdeburg u. a. beteiligt.

Leipzig. Kapitalistische Hochkonjunktur. Die Sanderbrunnengesellschaft erhöht ihr Kapital nicht um 3, sondern um 4 Millionen Mark. Die Dividende ist bei einem Nettogewinn von 578 986 Mark mit 227 200 Mark Aufhebungen auf 12 Prozent, wie bereits mitgeteilt, festgelegt. Außerdem wurden 41 520 Mark des gebildeten Kapitalfonds und 50 000 Mark dem Kapitalfonds zugeführt, 59 400 Mark werden auf neue Forderungen vorgetragen. Der Vermögensbericht besagt die Beibringung des Ergebnisses durch mehrfache und eingehende Erträge sowie durch die ungewisse Preissteigerung der Rohmaterialien und ihre schwierige Beschaffung. Ein Urteil über das laufende Geschäftsjahr abzugeben, sei bei der Unsicherheit der Verhältnisse nicht möglich. Die Kalkwerte übersteigen erhöhen ihr Grundkapital von 13,5 auf 38,5 Millionen Mark. Auf der Generalversammlung wurde berichtet, daß der Kapitalist, insbesondere der inländische, durch den dauernden Rohmaterialmangel empfindlich getroffen worden sei. Mit Italien, Spanien und der Schweiz seien Verträge abgeschlossen, die voraussichtlich gemindert werden werden. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen über Nordamerika. Man sei noch nicht zu einer Vereinbarung gelangt, weil Amerika mit deutschem und schifflichem Raub und Raubprodukten, insbesondere aber aus dem amerikanischen Westen reichlich verlorst ist, jedoch wurde die deutsche Kalkindustrie auch weiterhin den amerikanischen Bedarf in der Hauptstadt bedien.

Leipzig. Eisenbahnverkehr. In eines der letzten Nächte fuhr ein dem hiesigen Güterbahnhof ein Automobil vor. Während einer der Antriebe des hinteren Motors stürzte ein Arbeiter vor die Eisenbahn, ertrug einen schweren Kopfverletzung und einen Teil der dort liegenden Güter wurde durch das Auto, worauf sie die Kassejäger antraten.

Leipzig. Dritter Vortragsabend der S. B. D. Der dritte Vortragsabend für Mitglieder und eingeführte Gäste findet heute, am Dienstag, den 21. D. 12., Sonntag, abends 8 Uhr, im Saal des Schwann statt. Die Vorlesung geschieht einestheils mit Rücksicht auf die am Dienstag stattfindende Stadtratswahl, in der wichtige Steuererläuterungen zur Tagesordnung stehen, andererseits wird eine Vorlesung der Nähe des Weihnachtsfestes wegen auch denjenigen Genossen und Freunden unserer Bestrebungen erwünscht sein, die am Dienstag verhindert sind. Dafür wird aber auch ein mindestens ebenso reger Besuch dieses Vortragsabends erwartet. Insbesondere hoffen wir auf auch unsere Lektoren Genossen einmal bei uns zu sehen. Das Thema dieses Abends betrifft einige außerordentlich genutzte Stunden und lohnt sich einmal einen Weg von einem heißen Stübchen über Land. Wie bereits gemeldet, spricht Herr Gerichtsrat Dr. K. e. d. (Leipzig) über „Der Mann“, ein Aufsatz in den „Wochenblatt“, und wird dabei sein Hauptinteresse (zweijähriger) Referat mit bis zu 120 facher Vergrößerung vorführen, auch sonst seinen Vortrag durch eine Reihe guter Bilder erläutern. In die Mitteilung hinsichtlich der Himmelstempel, zu werden anschließend an den Vortrag selbst Mondbeobachtungen mit dem Fernrohr vorgenommen. Es

bleibt sich also hier eine ganz außerordentlich seltene Gelegenheit, unter Mitwirkung von Westfalen bewahren zu erweitern. Das wird der weitestgehenden Bestimmung durchwegs seinen Vorträgen tun, sondern sich ein tiefes Bild in die Gegenwart legt das Herz über die Erzeugnisse des Reiches, die in all die Geheimnisse mit seinen schließlichen technischen Hilfsmitteln einzubringen vermag, höher ist. Beginn abends 8 Uhr.

Leipzig. Vom Zug abfahren. Am Montag ist der letzte Arbeiter Franz Lang bei den Verlassen des Zuges von dem Treibrett abgehört, so daß er von dem Waggon überfahren wurde. Dem jungen Manne sind beide Unterschenkel weggerissen worden. Er wurde sofort in eine hiesige Heilanstalt eingeliefert.

Aus aller Welt.

Genève 17. Dez. Ein schweres Erdbeben. In der Provinz Mendoza sind 150 Personen während eines Erdbebens ums Leben gekommen.

Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Kandidatenliste für den Reichstagswahlkreis Magdeburg.

1. Frau Bollmann, Halberstadt,
2. Neumann, Lokomotivführer, Magdeburg,
3. Koch, Gauleiter des Banarbeiterverbandes Magdeburg,
4. Brandenburg, Gauleiter des Arbeiterverbandes Eisenart,
5. Witzmann, Stadtrat, Magdeburg,
6. Gehardt, Stadtrat, Burg,
7. Müller, Stadtrat, Magdeburg,
8. Metzger, Bürgermeister, Staßfurt,
9. Müller, Stadtrat, Quedlinburg,
10. Groß, Metallarbeiter, Quedlinburg,
11. Berg, Lehrer, Okerseesen.

Die Kandidatenliste für den Reichstagswahlkreis Magdeburg, die neben einer Reihe wichtiger Beifügungen aus dem Reichstagswahlkreis für die kommenden Wahlen aufgestellt. Sie sieht wie folgt aus:

Bereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekannmachung kostet pro Seite 20 Pf. Im Vereinsanzeiger sollen alle Bekanntmachungen der politischen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen angehängt werden. Nach Ablauf d. Beerdigungsbekannmachungen von Mitgliedern dient diese Rubrik.

Freier Sängerchor. Morgen abends 7 1/2 Uhr treffen sich die Sängerchoristen im Saale des Gewerkschaftsvereins. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Börsig. Montag, den 20. (nicht Dienstag, den 21.) d. 12., 3. Versammlung der S. B. D. Geschäftsstelle (Leipzig), Börsig, Freitag, den 20. d. 12., 3. Versammlung der S. B. D. Geschäftsstelle (Leipzig). Nach dem Vortrag bei Herrn Herrn Wetzlar: Mondbeobachtung durch das Himmelstempel. Gäste willkommen. Anfang 8 Uhr.

Leipzig. Dienstag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr findet unsere diesjährige Hauptversammlung statt. Bei der Tagesordnung stehen u. a. die Jahresberichte der Vereinskassen und ein Vortrag des Herrn Dr. Gottsching über „Die“. Zu dieser wichtigen Versammlung werden die Genossen hierdurch eingeladen. Der Vorstand.



für unsere Kinderwelt

Jugendschriften

Bilderbücher, Mal- und Märchenbücher

ebenfo

Bücher für Erwachsene als geeignete Weihnachtsgeschenke ferner Weihnachts-, Neujahrs- und andere Glückwünsche- und Kunstkarten empfiehlt den Lesern der „Volksstimme“ preiswert in großer Auswahl

Buchhandlung der Volksstimme

Große Ulrichstr. 27.